

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 Mk., monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 120 Pfg., von auswärts 160 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bez. Tarif, die 3-spaltige Reklamezeile 400 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. — Postfach-Danzig 2948. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3200.

Nr. 191

Dienstag, den 17. August 1920

11. Jahrgang

Danzig in der russischen Politik.

Sozialdemokratie und Staat.

Von Heinrich Cunow.*

Der durch die deutsche Revolution hervorgerufenen Übergang des alten Obrigkeitsstaates mit seinem Beamten- und Polizeiregiment in einen auf dem allgemeinen Volkswillen beruhenden demokratischen Volksstaat und die in weiterer Folge sich daran anschließende Umgestaltung des inneren Staatslebens bedingen, daß auch die deutsche Sozialdemokratie in dem von ihr geplanten neuen Parteiprogramm in umfangreicherem Maße zu den Verfassungs- und Verwaltungs- sowie den inneren Organisationsfragen des Staates Stellung nehmen muß, als das im Erfurter Programm geschehen ist. Schon Friedrich Engels hat in seiner Kritik des Erfurter Programmwerkes (1891) geschrieben, aber erst Oktober 1901 im 20. Jahrgang, 2. Band der „Neuen Zeit“ veröffentlicht) gerügt, daß die politischen Forderungen dieses Programms nicht enthalten, was „eigentlich gesagt werden sollte“, besonders fehle jede nähere Angabe über die zu erstrebende Staats- und Verfassungsform.

War das schon 1891, dem Entstehungsjahr des Erfurter Parteiprogramms, unzweifelhaft ein Mangel, so noch weit mehr heute, nachdem inzwischen in Deutschland das parlamentarische System zur Herrschaft gelangt ist und der fortschreitende Revolutionierungsprozeß auch jene Klassen und Schichten, die der alte Obrigkeitsstaat von der tätigen Mitwirkung an der Staatsverwaltung ausgeschlossen hatte, zur Mitwirkung herangezogen hat. Zudem erfordert die große Aufgabe, die durch den Krieg in Deutschland herbeigeführten traurigen Wirtschaftszustände zu beseitigen und Deutschland wieder zu einer maßgebenden, seiner kulturellen Entwicklung entsprechenden Stellung in der Weltwirtschaft zu verhelfen, die Vereinigung der ganzen Volkskraft zu gemeinsamem Schaffen und Handeln. Zur Erreichung dieses Zweckes ist aber dringend nötig, daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei sich weit mehr als bisher des Zusammenhanges ihrer Lebensinteressen mit dem Staatsgetriebe bewußt wird, daß sie die alte überlieferte Staatsfeindschaft, die in dem Staat nur ein feindliches, energisch zu bekämpfendes Gebilde sah, aufgibt und die Demokratisierung der Staatsverwaltung als ein Mittel betrachtet, durch das sie nicht bloß zu einer mächtigeren politischen Rechtsstellung zu gelangen vermag, sondern das auch allein die Gewähr für die folgerichtige Durchführung sozialistischer Einrichtungen bietet.

Noch ein anderer Grund drängt dazu, in dem neuen Programm die Stellung der Arbeiterklasse zum Staat und zu den Staatsformen näher zu präzisieren: die Zustimmung, welche jene batunistisch-bolschewistische Lehre teilweise auch in der deutschen Arbeiterpartei gefunden hat, daß der Übergang zur sozialistischen Gesellschaftsordnung nicht auf demokratischem Wege, also nicht vermittelst der Errichtung einer allgemeinen Volksherrschaft, erfolgen könne, sondern nur durch Zerschlagung des Staates und Aufrichtung einer proletarischen Räte-diktatur. Dieser Lehre gilt es, im neuen Programm offen das Bekenntnis zur Demokratie entgegenzusetzen und diese als jene Regierungsform zu bezeichnen, auf deren Grundlage allein die Fortentwicklung zum Sozialismus als einer organisierten Gemeinschaftsarbeit im Dienste der Gemeinwohl möglich ist.

Dies Bekenntnis zur Demokratie steht nicht, wie die Anhänger der Räte-diktatur in falscher Auslegung des bekannten Marxschen Ausspruches von der „Diktatur des Proletariats“ behaupten, im Gegensatz zu den beiden Altsystemen des Sozialismus, zu Karl Marx und Friedrich Engels, sondern im Gegenteil in voller Übereinstimmung mit ihrer Auffassung des Entwicklungsganges des Sozialismus. Schon in den größtenteils von ihnen verfaßten Kommissionsberichten an die sozialistische Internationale über die Treibereien Michael Bakunins und seiner „Allianz der sozialistischen Demokratie“ wenden sich Marx und Engels energisch gegen den Bakunin vertretenen und seitdem von Lenin wieder aufgenommenen Gedanken (besonders in seiner Schrift „Staat und Revolution“), es müsse nach einer proletarischen Revolution die erste Aufgabe des in den Besitz der Macht gelangten Proletariats sein, den Staat zu zerschlagen, das heißt die Staatseinrichtungen zu zerschlagen und an die Stelle der bisherigen Regierungsform vom Proletariat erwählte oder ernannte diktatorische Ausschüsse (Räte) und Volksorgane zu setzen. Auch anderswo haben beide, sowohl Marx als Engels, wiederholt die Ansicht ausgesprochen, die rein demokratische Staatsorganisation sei eine notwendige Vorbedingung für die Durchführung des Sozialismus. So heißt es zum Beispiel schon im „Kommunistischen Manifest“:

„Wir haben schon oben, daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erlämpfung der Demokratie ist.“

Ferner sagt Engels in seiner Kritik des Erfurter Programmwerkes („Neue Zeit“, 20. Jahrgang, 1. Band):

„Wenn etwas feststeht, so ist es das, daß unsere Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik.“

* Aus dem Entschlußbande zum Parteiprogramm. (Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin S. 68.)

Und an anderer Stelle („Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“, 9. Kapitel: Barbarei und Zivilisation) erklärt Engels:

„... Die demokratische Republik, die in unseren modernen Gesellschaftsverhältnissen mehr und mehr unvermeidliche Notwendigkeit wird, ist die Staatsform, in der der letzte Entschleunigungskampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie allein ausgetragen werden kann.“

Soll das Deutsche Reich die ihm durch den Krieg geschlagenen Wunden überwinden und sich eine bessere Zukunft im Völkervertrag sichern, so muß der durch das Verfallenswert in Weimar begründete neue Staat weiter ausgebaut werden zu einem alle Kräfte organisatorisch zusammenfassenden sozialistischen Verwaltungsstaat. Dazu aber ist nötig, daß die Arbeiterpartei selbst mit anderen Augen den Staat betrachtet lernt, die vielfach tief in ihre Reihen eingedrungene Staatsfeindschaft, das heißt die Auffassung des Staates als eine ihren Bestrebungen feindliche Macht aufgibt und sich selbst als den Hauptträger des neuen demokratischen Staatsgebildes fühlt, das nach ihren politischen und wirtschaftlichen Grundsätzen auszugestalten ihre wichtigste Aufgabe ist.

Als Ferdinand Lassalle seine Agitation in der deutschen Arbeiterpartei begann, erkannte er mit scharfem Blick, daß es nötig sei, in der Masse das Interesse am Staat zu heben, sie für Fragen des Staats- und Verfassungslebens zu erwärmen und sich als wichtigsten „Stand“ des Staates zu fühlen, als des „Standes“, dessen geschichtliche Mission es sei, sich einst der Herrschaft im Staat zu bemächtigen und diesen als Hebel für ihre Befreiungs- und Kulturzwecke zu benutzen, kurz, wie er sich philosophisch ausdrückt, das „Prinzip des Arbeiterstandes“ zum „herrschenden Prinzip“ der Gesellschaft zu machen. Er war keineswegs mit dem preussischen Staat zufrieden und forderte dessen gründliche Umgestaltung. Aber als Hegelschüler sah er in dem Staat das Befähigt, durch dessen Benutzung allein die Arbeiterklasse zu dem Ziel völliger politischer Gleichberechtigung und im weiteren zur Durchsetzung ihrer sozialistisch-wirtschaftlichen Forderungen gelangen könne.

In Würdigung dieser Bedeutung des Staates für den Aufstieg der Arbeiterklasse wendet sich denn auch Lassalle gegen die englische Idee des „Nachwächterstaates“, gegen jene Lehre, daß der Staat sich in das Spiel der sogenannten freien Kräfte nicht einzumischen habe. Vielmehr gilt ihm als Zweck des Staates, die „Entwicklung des Menschengeschlechts zur Freiheit zu vollbringen“. Er definiert daher auch in seinem am 12. April 1862 zu Berlin im Handwerkerverein der Oranienburger Vorstadt gehaltenen Vortrag, dem er bezeichnenderweise den Titel „Arbeiterprogramm — Ueber den besondern Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes“ gegeben hat, den Staatszweck in folgender Weise:

„Der Zweck des Staates ist also nicht der, dem einzelnen nur die persönliche Freiheit und das Eigentum zu schützen, mit welchem er nach der Idee der Bourgeoisie angeblich schon in den Staat eintritt; der Zweck des Staates ist vielmehr gerade der, durch diese Vereinigung die einzelnen in den Stand zu setzen, solche Zwecke, eine solche Stufe des Daseins zu erreichen, die sie als einzelne nie erreichen könnten, sie zu befähigen, eine Summe von Bildung, Macht und Freiheit zu erlangen, die ihnen sämtlich als einzelnen schlechthin unerselberlich wäre.“

Diese Staatsauffassung Lassalles hat jedoch nur in den Kreis seiner engeren Anhänger die Eingang gefunden. Der größte Teil der Arbeiter wie des kleinen Mittelstandes verharrte in der Betrachtung des Staates oder richtiger der Staatsgewalt als einer bloßen Unterdrückungs- und Zwangsgewalt, als einer feindseligen Macht.

Die Novemberrevolution des Jahres 1918 hat dann die Stellung der Sozialdemokratie zum Staat völlig verändert. Ihre Vertreter in den Ministerien und Parlamenten konnten nicht als Mitglieder einer Regierungskoalition Seite beschließen und Budgets vereinbaren, wenn die Partei an der überlieferten Staatsfeindschaft festhalten und ausnahmslos der Regierung das Budget verweigern wollte.

Es scheint mir deshalb dringend nötig, in dem neuen Parteiprogramm der veränderten Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei zum Staat Ausdruck zu geben und ihre Forderungen an diesen Staat näher zu präzisieren, ohne deshalb in den Fehler zu verfallen, das Parteiprogramm zu sehr auszubehnen; denn Parteiprogramme sollen nicht alles enthalten, was eine Partei will und wünscht, sondern lediglich die Hauptforderungen in knapper Sachfassung.

Die Russen im Korridor.

Ein Mitarbeiter der Berliner „Nationalzeitung“ berichtet nach der „D. Z.“ über Erklärungen, die ihm von dem politischen Kommissar der vierten russischen Division gemacht wurden. Er teilte mit, die Division habe die Aufgabe, die an der deutschen Grenze liegenden Dörfer von den Polen zu klären und gegen Grauboden vorzubereiten. Der Korridor solle dann, wenn er von den Polen geäubert sei, durch deutsche Truppen besetzt werden.

Zuf den Einwurf des Berichterstatters, daß die Entente schwerlich zugeben werde, daß deutsche Truppen einmarschieren, erklärte der Kommissar, dann würden die roten Truppen im Korridor bleiben. Ebenso siehe es mit Danzig. Wir, sagte der Kommissar, die wir den Versäßer Frieden niemals anerkannt haben, betrachten Danzig als eine deutsche Stadt. Wenn aber die Entente dort Truppen oder Munition landet, so müssen wir eben auch Danzig besetzen.

Der Ring um Warschau bald geschlossen.

Russischer Marsch gegen Graudenz und Thorn. Von Katschna süd die Russen auf der Straße, die nach Nowo-Miaslo führt, weiter vorgezogen und haben die südlich des Bug bei Wyszow stehenden polnischen Verbände im Rücken gefaßt. Die Buglinie nördlich Warschau ist hiermit für die Polen unhaltbar. Der Ring um Warschau hat einen Radius von 20 Kilometer. Die Weichsellinie wird zunächst bei Nowo-Georgiewsk, das die russische Kavallerie von Masiewsk aus erreicht hat, abgebrochen. Wyszowgrad wird von Norden her umgangen werden. Plock wird das nächste Ziel sein. Weiter westlich von Gierpc aus wird nach Bialowies der Vormarsch fortgesetzt, um die von Warschau nach Thorn führende Bahnlinie mit Artillerie zu sperren. Die 18. Division, die längs der früheren deutschen Grenze marschiert, wird auf der Straße über Gollub nach Thorn vorstößen, die 12. Division über Strassburg nordwestlich gegen Graudenz. Die Festungen werden sich nicht lange halten können, da sie weder genügend armiert sind, noch das polnische Heer stark genug ist. Der Korridor ist von den Polen nur schwach besetzt. Überall bereiten polnische Behörden die Flucht vor.

Russisches Vorgehen im Korridor.

Königsberg, 16. Aug. (B. B.) Lagebericht. Cobau von Bolkowisten besetzt. Vorgehen aus Knie Strassburg — Lautenburg auf Graudenz. Gofiershausen von Polen geräumt, die auf Graudenz zurückgehen. Revolutionäre Komitees bisher weder in Wilno noch Soudau gebildet. Aus Raum Plonsk — Modlin starke polnische Gegenangriffe in nordwestlicher Richtung. Nördlich von Radom — Okuniew und westlich Nowo-Miaslo heftige Kämpfe. Südlich Cholms erfolgreicher polnischer Widerstand. Brody von den Bolschewisten zurückerobert.

Rußland neutral gegen Danzig.

Nach einem dem „Zürcher Volksblatt“ zugehenden Bericht wurde der Antrag der Sowjet-Kommunisten auf Besetzung der Sowjetverwaltung von dem russischen Zivilkommissar abgelehnt, da sie für die ökonomische Bevölkerung nicht geeignet sei. Der russische Zivilkommissar traf am 14. August an der Grenze bei Leslau ein und nahm freundschaftliche Beziehungen mit Deutschland auf. Er erkundigte sich nach der Anzahl der in Allenstein befindlichen Truppen und fragte, wann die Entente-Kommission Allenstein verlassen würde. Er bat, möglichst bald den Eisenbahnverkehr mit Soudau wieder aufzunehmen. Der Zivilkommissar erklärte, daß die Russen den polnischen Korridor bis Danzig besetzen würden, um die Einfuhr von Waffen und Munition zu verhindern. Falls Danzig sich neutral verhalte, würde es nicht besetzt werden.

Waffentransporte auf der Donau.

Wien, 16. Aug. Der „Morgen“ meldet: Eine Militärpatrouille beschlagnahmte auf 2 Donaudampfern, aus Bayern kommend, Munition und Maschinengewehre, die unter falscher Deklaration verladen waren. Bisher war nicht festgestellt, ob es sich um Waffen und Munition bayerischer Herkunft handelt oder ob die Munition von Frankreich nach Bayern gebracht wurde, um von dort auf dem Donauweg nach Rumänien und weiter nach Südrußland zu transportieren. Der Waffentransport wird untersagt.

Englische Kritik an Lloyd George.

London, 16. Aug. Die „Westminster Gazette“ schreibt zur russischen Frage: Kann einer der Männer, die für die sogenannte russische Politik verantwortlich sind, bestreiten, daß die Politik von Anfang bis Ende betlagener war? Dasselbe Urteil wird einhellig über einen großen Teil der gegenüber Deutschland, Oesterreich und der Türkei verurteilten Politik gefällt. Diese Umstände gaben den altmodischen Staatsmännern kein Recht, die Hände über das Ausstreuen der Arbeiterpartei zu ringen. Die europäischen Staatsmänner sollten jetzt ernstlich überlegen, ob die Hoffnung auf inneres Gleichgewicht und weitem Frieden davon abhängt, daß der Völkervertrag zur Wirklichkeit wird, und daß sein Ideal einer klaren, offenen und ehrlichen Führung der politischen Geschäfte erfüllt wird.

Diese Kräfte der englischen Versäßer Diktatoren ist um so bemerkenswerter, als sie von einer sehr angelegenen Zeitung ausgesprochen wird.

Die Internationale in Genf.

Gegen die Räteherrschaft.

Kurz vor Tageschluss hat sich der internationale Sozialistenkongress gründlich mit der Frage des politischen Systems des Sozialismus beschäftigt und das Ergebnis in einer Entschliessung niedergelegt. Diese ist nicht nur für die weitere Internationale von grundlegender Bedeutung, sondern auch zugleich eine glänzende Rechtfertigung der Politik, die die deutsche Sozialdemokratie in den letzten Jahren, vor allen Dingen während der Zeit, in der sie an der Regierung teilnahm, befolgt hat. Die Entschliessung, die von Sidney Webb eingebracht wurde, enthält die Grundzüge der Internationale in Bezug auf den Parlamentarismus. Sie erklärt, dass das Parlament alle Macht des Volkes besitzt, die ausgeübte Gewalt auszuüben hat und verurteilt die Führung der politischen Geschäfte zu belagern. Daneben wird ein Ministerkabinett gefordert, der sich zusammensetzen soll aus bekannten Führern der verschiedenen Parteien, an denen dieses Programm ist von der deutschen Sozialdemokratie unter lebhaften Klängen befolgt worden und kein noch so großer Verlust an Wählern hat sie davon abbringen können, dass der Weg nicht der richtige ist.

Webb charakterisiert in der Resolution Webb kommt in den Ausführungen der verschiedenen Führer der verschiedenen Parteien die zentrale Aufgabe an die Räteherrschaft und das mächtige Programm zur Demokratie zum Ausdruck. Sehr lebhaft hat man allen Dingen Sonderregeln (Belgien) die Gegenstände zwischen der Demokratie und der Räteherrschaft von unseren Unabhängigen gefordert. Diktatur herausgearbeitet. Das Parlamentarische hat er nicht als bedeutend, dass sie den Sozialismus diktatorisch und erklärt, dass die Diktatur des Proletariats, wie sie Marx gefordert hat, gleichbedeutend ist mit Demokratie, während sie in Russland das Beste ist von der Demokratie.

Für die deutsche Delegation sprach Genosse Schwedemann. Er betonte es gerade vollständig, was die Räteherrschaft ablehnen und sich auf dem Boden der Demokratie bestehen bleiben. Wir haben bereits 20 Jahre den Kampf gegen die Diktatur der proletarischen Partei geführt für die Demokratie, aber nicht für eine neue Diktatur von einigen Seiten, sondern jeder einzelne glaubt, das Proletariat bin ich. Das Marx und Engels unter Diktatur des Proletariats verstanden haben, ist etwas ganz anderes, als was die Herren in Russland darunter verstehen. Was hat die Diktatur in Russland am Ruder gehalten, nichts anderes als die Bajonette und Maschinengewehre, wie jede andere Diktatur auch. Das müssen wir ablehnen. Wir wollen im Gegenteil die Demokratie immer mehr fördern und sie auch ausweiten, damit sie uns die Möglichkeit gibt, den Willen des Volkes genau zu ermitteln und die Interessen der Arbeiterwelt zu schützen. Wir müssen als Sozialisten unter Umständen auch den Rat haben, den Massen zu sagen, dass sie sich auf einem Irrwege befinden. Wer diesen Rat nicht hat, der ist kein Führer, sondern ein Geführter. Wir wollen uns gewiss nicht in die russischen Verhältnisse einmischen, aber man soll sich auch in unsere Verhältnisse nicht einmischen. Das wirtschaftliche Räteherrschaft ist gut, aber ein politisches Räteherrschaft lehnen wir ab. Letztendlich besteht in Russland keines von beiden. Die Weltrevolution wollen auch wir, namentlich die Revolution, in der sich die Welt zurzeit befindet, entwickeln und fördern, aber die politische Weltrevolution lehnen wir ab, die die Arbeiterherrschaft nicht will. Sie will Brot. Unsere Arbeit zur Sicherung des Bestehens ist tausendmal mehr wert als das Gerede von der Weltrevolution. Wir brauchen den Frieden, um die Demokratie fördern zu können, um mit ihrer Hilfe den Sozialismus zu verwirklichen.

Wir haben dem Glaubensbekenntnis des Genossen Kongresses für die Demokratie nichts hinzuzufügen. Sie hat unabweislich das zum Ausdruck gebracht, was die deutsche Sozialdemokratie im Kampf mit den Unabhängigen immer wieder betont haben, dass nämlich Demokratie und Sozialismus zusammen gehören, dass aber auf der anderen Seite Sozialismus und Diktatur zwei grundverschiedene Dinge sind, von denen das eine das andere ausschließt. Wer die Demokratie ablehnt, veranlasst an ihre Stelle die Gewalt, den Terrorismus, hat den Anspruch auf den Ehrennamen Sozialist verloren. Die Sozialdemokraten aller Länder haben jahrzehntelang die Diktatur der Kapitalisten und Militaristen bekämpft, um an ihre Stelle die Demokratie, die Herrschaft des ganzen Volkes zu setzen. Die deutschen Sozialdemokraten haben in den entscheidenden Tagen des Jahres 1918 getreu diesen sozialistischen Grundgedanken gehandelt. Alles Gefährliche unserer Unabhängigen über unseren angebotenen Vertrag mit Sozialismus hat die Internationale nicht abgelehnt, uns, wenn auch nicht ausdrücklich, so doch im so eindeutigen, in der Sache Recht zu geben.

Sie hat aber darüber hinaus mit bewundernswürdiger Deutlichkeit betont, dass der, der die Demokratie ablehnt und im russischen Räteherrschaft des Willens nicht in die sozialistische Internationale gehört. Wir deutschen Sozialdemokraten brauchen diesen Entschluss, der uns neue Kraft zu neuen Kämpfen und zum Siege über die Räteherrschaft geben wird.

Besonders bemerkenswerte Ausführungen machte der englische Genosse Hamilton Macdonald zu dem Entschlusse, der eine Hilfsaktion für das verhungerte Mitteleuropa forderte. Dazu führte er aus:

Ich habe während meines Aufenthaltes in Mitteleuropa das Elend gesehen, das dort herrscht. Es erinnert mich an ein früheres Straßentheater in England. Dort warf man Steine ins Gefängnis wegen Schulden. Sie durften nicht arbeiten, aber betteln. Einen Stein durften sie nicht behalten, sondern mussten ihn ihren Gläubigern abgeben. Dieses unfürliche System ist durch die öffentliche Meinung weggesegt worden.

Mitteleuropa kann keine Aender nicht aus eigenen Mitteln ernähren. Der Sold und die Selbstschätzung seiner Kämpfer kann dieses System nicht ernähren, sonst wären sie unwürdig.

Wir sind bereit, die Liebesgaben zu vermehren, aber dieses System genügt nicht. Aus eigenem muß Mitteleuropa keine Aender ernähren, aus eigenem seine Räte wieder hochbringen können.

Wir wünschen den Warenexport, wünschen, dass die deutsche Landwirtschaft nicht Mangel an Düngemitteln und Viehfutter leidet, während Großbritannien genug Phosphat hat. Wir wünschen, dass diese Deutschland gegeben werden, damit dort genügend Ernten erzielt werden. Wenn man das unterläßt, ist es ein Verbrechen. Nicht Liebesgaben, nicht Erbsen verlangen wir, sondern geliebten Menschenverstand.

Man richtet ein Heer gegen den Weltsozialismus. Gebt lieber den Willen die Erbsenmittel und ihr könnt über die Tränen lachen, die diese Revolutionen machen und nur

Elend bringen. Es ist nicht wahr, dass die Transportmittel fehlen, um Waren aus Amerika zu bringen. Nur der gute Wille fehlt. Gebt Hoffnung, statt Verzweiflung und Unsicherheit. Dann ist der Friede sicher. Stürmischer Beifall ertönte während und nach dieser Rede.)

Genossin Juchacz dankte Macdonald, der die Bedürfnisse, aber auch die Gefühle Mitteleuropas erkannt habe. Auch sie legte allen Nachdruck auf die Ermöglichung einer Wiederherstellung durch die eigene Kraft. Sie dankte auch Dänemark, das im Verhältnis zu seiner Größe ungeheures für die Deutschen und die österreichischen Kinder getan hat. Die dänische organisierte Arbeiterherrschaft ist Träger dieser Arbeit. Sie ist erfüllt vom Geist der modernen Arbeitslosigkeit. Es wird hoffentlich viel von diesem Geiste bleiben bis zu der Zeit, wo der Deutsche nicht nur der Empfangende, sondern auch eine volle Gegenseitigkeit wieder möglich sein werde. (Beifall.)

Der Bruchere (Belgien) sprach gleichfalls in warmem Ton für den Antrag Macdonalds. Nach dem Beschluss über die Vergangenheit wollen die belgischen Sozialisten endlich verstanden, die Gegenstände der Vergangenheit zu vergessen. Wir werden mit aller Energie im Sinne der Resolution für Mitteleuropa eintreten. Wenn in den nächsten Tagen der erste Zug mit Wiener Kindern die belgische Grenze passiert, dann werden wir sie mit großer Freude begrüßen. Der Bruchere schlägt eine Kommission vor zur Durchführung der Ausdehnung der Hilfsaktion auf Serbien. (Beifall der Deutschen.) Es wird vom Vorsitzenden Shaw vorgeschlagen, eine Kommission, die mit Erhaltungsmitteln versehen wird, einzusetzen. (Zustimmung.)

Einstimmig beschloß der Kongress am 5. August folgende Resolution:

Am Hinblick auf die wirtschaftliche Verwirrung Europas, auf die Hungersnot und die Leiden, die dort herrschen, verlangen wir dringend von den in Frage kommenden Regierungen, dass sie die nötigen Maßnahmen ergreifen, um die Industrie neu zu beleben und ihre Entwicklung in den durch den Krieg beeinträchtigten Ländern zu fördern. Im weiteren Hinblick auf den dringenden Bedarf Mitteleuropas an Düngemitteln und Viehfutter, besonders an Leisungen, von welchen Großbritannien große Mengen besitzt, verlangt der Kongress, dass die englische Regierung die nötigen Maßnahmen ergreift, um den ausgehungerten Ländern diese Produkte zu verschaffen, so daß die landwirtschaftliche Produktion gehoben und für die kommenden Jahre der unnötige Verlust weiterer Menschenleben durch ungenügende Ernten vermieden werde. Im weiteren Hinblick darauf, dass Amerika 100 000 Milchkuhe mit den zu ihrer Ernährung nötigen Futtermitteln an Deutschland geschenkt hat, daß aber deren Transport durch den Mangel an Schifferaum unmöglich gemacht wird, verlangt der Kongress von der englischen Regierung Erleichterungen für die Durchführung dieses Transportes, der bestimmt ist, das Leben von Kindern zu retten, die sonst im nächsten Winter unzählbar dem Tode verfallen.

Danzig, Russland, Polen.

Keine Einmischung Russlands in deutsch-polnische Beziehungen.

Das "Vorier Journal" hat in einem Artikel vom 14. August behauptet, dass die Sowjetregierung in die Friedens- und Waffenstillstandsbedingungen mit Polen eine Klausel zugunsten Deutschlands einfügen wolle, um die Westgrenze Polens zu verändern und den Danziger Korridor zu berühren. Hierzu veröffentlicht in der "Humanität" nach der "B. Z." der Sowjetvertreter Kamenew folgende Erklärung:

1. Die Sowjetregierung hat weder mit Deutschland noch mit anderen Ländern ein Abkommen geschlossen, sei es direkt, sei es indirekt, gegen Polen gerichtet.

2. Die Bedingungen für den Waffenstillstand und für die Friedensverhandlungen enthalten nichts, was die Beziehungen zwischen Polen und Deutschland oder deren Grenzen betrifft.

3. Die Sowjetregierung vertritt als unmöglich jeden Gedanken daran, daß ihr Sieg über die polnischen Imperialisten dazu benutzt werden könnte, den Militarismus in Deutschland oder in irgendeinem anderen Staate zu stärken. Die Sowjetregierung weiß die Ängstlichen deutscher Militärs ebenso heftig zurück wie die der französischen.

Die Absicht der französischen Boulevard-Presse ist natürlich, die Bevölkerung an ein deutsch-russisches Komplott glauben zu machen, um Frankreich einen Vorwand zu geben, keine Entschädigung für die polnischen Lieberlagen am Rhein zu suchen.

Wenn der Russe darauf ablehnend antwortete, war das notwendig und geboten. Nur ist nicht zu verstehen, was sein Hinweis auf den Militarismus in Deutschland soll. Es beruht hier tatsächlich doch um die strapaziöse Vergewaltigung des demokratischen Deutschland durch die Versailles Diktatoren!

Soldaten unter deutscher Verwaltung.

Der Divisionskommandeur der in Soldau eingerückten russischen Truppen erklärte in der Stadtverordnetenversammlung, er habe die rationellste Anweisung von Moskau erhalten, das Soldauer Gebiet anlässig Deutschen zu übergeben, die für Ruhe und Ordnung sorgen sollten. Russland müsse sich nicht in die inneren Angelegenheiten einmischen. Bei einer anderen Gelegenheit erklärte derselbe Kommandeur, die Einführung des Sowjetismus in den besetzten Gebieten läge nicht in seinem Willen, weil dies dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung widersprechen würde. Die Grenzposten von 1914 würden wiederhergestellt. Polen höre auf, zu existieren. Warschau werde fünf Jahre lang von russischen Truppen besetzt und danach Russland wieder einverleibt. Die russischen Truppen würden den Korridor besetzen, den Freistaat Danzig jedoch nur bei Neutralitätsverletzungen handhaben.

Die gewerkschaftliche Internationale gegen Rüstungstransporte.

Amsterdam. Zum russisch-polnischen Konflikt veröffentlicht der internationale Gewerkschaftsbund eine Erklärung, in der es heißt: Der internationale Gewerkschaftsbund habe keine besondere Sympathie weder für die Belagerung noch für die Polen. Er halte an seinem Standpunkt fest, daß jeder Krieg oder jedes Unwettergesetz zu verurteilen sei und durch Weiterbeförderung von Munition und Truppen nicht unterstützt werden dürfen. Demgemäß sei

ein zweimal wiederholtes Ansuchen einer europäischen Regierung, die Munitionsbeförderung nach Polen zuzulassen, rundweg abgelehnt worden.

Die belgischen Seeleute gegen Kriegstransporte.

Brüssel. Der Seelentenrat nahm eine Entschliessung an, wonach die Seeleute zur Verhinderung künftiger Kriege weder Truppen noch Munition befördern werden. Der Beschluss soll bereits auf den russisch-polnischen Konflikt angewandt werden.

Radek, Leiter der russischen Friedensdelegation.

London, 16. Aug. Die "Times" erfahren, daß Radek zum Präsidenten der Sowjetdelegation für Wirtsk ernannt wurde.

Russische Hoffnungen auf Warschau.

London, 16. Aug. (W. B.) Die roten Heere, die in konzentrischer Richtung gegen Warschau vordringen, gewannen im Osten bei Begow und im Südosten bei Lutow beträchtliche Gelände. Nach den letzten Berichten ist die Kampffront 16 Meilen von Warschau entfernt. Wie verlautet, hoffen die Bolschewisten, heute die Stadt zu nehmen.

Das Programm des englischen Aktionsausschusses.

Amsterdam, 16. Aug. (W. B.) Der Vorsitzende der englischen Arbeiterpartei Adamson hat an den Sekretär des internationalen Transportarbeiterbundes ein Telegramm geschickt, worin es u. a. heißt: Der Aktionsausschuss hat Auftrag erhalten, solange in Tätigkeit zu bleiben, bis folgendes gesichert ist: 1. Vollständige Garantie, daß England keine Truppen verwenden wird, um militärische Unternehmungen Polens, Wrangels oder irgendwelcher anderen gegen die Sowjetregierung zu unterstützen. 2. Die Zurückziehung aller englischen Seestreitkräfte, die tätig sind, um direkt oder indirekt eine Blockade gegen Russland durchzuführen. 3. Anerkennung der Sowjetregierung und Wiederherstellung uneingeschränkter Handelsbeziehungen zwischen Großbritannien und Russland. Die Versammlung hat jede Verbindung und jede Bundesgenossenschaft zwischen Großbritannien und Frankreich mit anderen Ländern abgelehnt, die England verpflichten würden, Wrangel oder Polen zu unterstützen oder Munition und Kriegsmaterial für Angriffe gegen Russland zu liefern. Die Versammlung hat den Aktionsausschuss ermächtigt, erforderlichenfalls die allgemeine Arbeitseinstellung zu proklamieren. Das Amsterdamer Sekretariat begrüßt in seiner Antwort die Haltung der englischen Arbeiterherrschaft und gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Arbeiter aller Länder dem Vorbilde der englischen dauern folgen werden. Weiter heißt es: Die Leitung des internationalen Transportarbeiterbundes hat am 14. August einen Aufruf an die Transportarbeiter, Seeleute und Eisenbahner aller Länder geschickt, jede Beförderung von Heeresmaterial und Truppen, die für im Gange befindliche oder drohende neue Kriege bestimmt sind, zu vermeiden.

Französische Sozialisten gegen Millerands russische Politik.

Paris, 16. Aug. (W. B.) Mehrere Sektionen der sozialistischen Partei Frankreichs veranstalteten gestern in der Pariser Banneville Rundgebungen gegen den Krieg, für den Frieden mit Russland und für die Anerkennung der Sowjets. Zwischenfälle ereigneten sich nicht.

Russische Repressalien gegen Litauen.

Wilna, 16. Aug. (Litauische Telegramm-Agentur.) Aus unbekanntem Grund wurden in voriger Woche auf Befehl der russischen Heeresleitung in Wilna sieben litauische Bürger erschossen. Die litauische Abordnung der gemischten Kommission legte aufs schärfste Protest dagegen ein, ebenso gegen die nachts erfolgte Festnahme von etwa 100 jüdischen Einwohnern Wilnas.

Neuer Zwischenfall in Lätis.

Von zuständiger Stelle erfahren die P. B. N.: In Lätis hat sich ein neuer Zwischenfall ereignet. Da bis im Konsulat befindlichen Waffen die Habgier der Bevölkerung reisten, sah der deutsche Arzt Dr. Schüh, der nach dem Tode des Konsuls Buström das Konsulat übernommen hatte den Entschluß, die Waffen zu vernichten. Er hatte diesen Entschluß zum Teil ausgeführt, als der persische Rarogalar und die Führer der persischen Demokraten davon hörten. Ohne die Exterritorialität des Konsulats zu achten, drangen sie darauf in dasselbe ein. Mehrere persische Offiziere und Polizisten überwältigten Dr. Schüh, ließen ihn über 12 Stunden in seinen eigenen Räumen gefangen, durchsuchten das gesamte Konsulat und raubten alle Waffen. Die deutsche Regierung hat ihren Geschäftsträger in Teheran telegraphisch beauftragt, der persischen Regierung ihre Entrüstung über den neuen Zwischenfall auszusprechen, und sich bis zum Vorliegen näherer Berichte alles weitere vorbehalten. Dr. Schüh hat Weisung erhalten, sich zwecks Berichterstattung zum Geschäftsträger nach Teheran zu begeben. Wie der Geschäftsträger dröhrt, sucht die persische Regierung die Angelegenheit so darzustellen, als ob die Polizei in Lätis beauftragt hätte, daß die Vernichtung der Munition durch Dr. Schüh innerhalb des mitten in der Stadt gelegenen Konsulats für diese Gefahr mit sich bringen könnte. Die Polizei habe deshalb die Munition trotz des Widerstrebens von Dr. Schüh fortgeschafft.

Deutschland.

Aufhebung der Reichsfeierkarte.

Von zuständiger Stelle wird den "P. B. N." mitgeteilt: Durch Verordnung vom 7. August ist nunmehr die Reichsfeierkarte mit Wirkung vom 23. August 1920 aufgehoben und durch die Kundenliste ersetzt worden. Wahlweise ist auch die Gemeindefeierkarte, falls darauf von dem einen oder anderen Lande besonderer Wert gelegt werden sollte, zugelassen. Die Aufhebung geschah, weil die Reichsfeierkarte ihren Zweck, den Fleischverbrauch zu überwachern, im Gasthausverkehr tatsächlich immer mehr verloren hat, und für die Ueberwachung des Verbrauchs in den Einzelhandelsbetrieben die Kundenliste in den Schlächtereien ausreicht.

Danziger Nachrichten.

Die Maßregelung der „Volksstimme“.

Ein Danziger Gewerkschaftler schreibt uns: Von allen Treibe-
reien, zu denen die hiesigen Unabhängigen und Spartakusse die Ge-
werkschaften gemißbraucht haben, ist die neueste Heße gegen die
„Volksstimme“ das stärkste und zugleich unehrlichste, was die
Linksradikalen sich je geleistet haben. Ausgerichtet dieselben
Beute, deren frühere Aktions- und Revolutionsauschüsse noch im
unabhängigsten Andenken stehen und die erst ganz unlängst wieder
einen neuen Sonderauschuss zur Ausschaltung der Gewerkschaften
gründen wollten, fühlen sich gedrängt, die Ehre der Gewerkschaften
gegen die „Volksstimme“ im Gewerkschaftskartell zu verteidigen.
Die Lattit ist ganz ähnlich der, wie die Reaktionen von rechts gegen
den sozialdemokratischen Parteipräsidenten wählen!

Die unsägliche Feigheit dieses Verstoßspiels der Linksradika-
len Reaktionäre springt aber in Danzig doch zu sehr in die
Augen. Dieselben Unabhängigen und Kommunisten, die der „Volks-
stimme“ Parteipolitik bei der Verichterstattung über Kartell-
versammlungen vorwerfen, haben sogar die gewerkschaftliche Mai-
feier dieses Jahres parteipolitisch zu sprengen gesucht. Mehrere
Unabhängige sahen sogar im Maiomitee, Lokodem behaupteten
die Unabhängigen fortgesetzt, daß diese Maifeier eine sozialdemo-
kratische Schiebung unter mißbräuchlichem Vorwand des Gewerkschafts-
kartells gewesen sei. Mit allen Mitteln wurde für die be-
sondere unabhängige Maifeier gearbeitet. Wie sie ausfiel, wissen
wir. Ich schäme mich noch heute, wenn ich daran denke, wie da-
mals dem Massenauge der Gewerkschaften in der Großen Allee der
unabhängige „Gewerkschaftsbong“ Roggenbrot an der Spitze eines
kleinen Schiffs aber mit dem Lindenden Marsch „Denkt an denn,
du Berliner Pflanze“ „demonstrativ“ entgegenzog. Nicht nur mir
ist es aufgefallen, daß sich im Gewerkschaftskartell keine einzige
Stimme gegen diesen beispiellosen Disziplinbruch hören ließ.

Ebenso rücksichtslos sprengen die Unabhängigen und Sparta-
kusse die Beschlüsse des Gewerkschaftskartells wegen der Demonstra-
tion am 29. Juli. Das Kartell beschloß ganz ausdrücklich, daß die
Demonstration einen rein wirtschaftlichen Charakter tragen
sollte. Deshalb wurde auch der Antrag abgelehnt, der die Redner
auf dem Heumarkt parteipolitisch bestimmen wollte. Wieder ge-
hörten mehrere Unabhängige der Zeitung an, Und trotzdem brachen
die Unabhängigen und Spartakusse wieder die Beschlüsse und organi-
sierten eine Sonderaktion. Einzig auf deren Konto kommt die Ver-
gewaltigung des Oberbürgermeisters, der Tod des Proletariats
Thoms, die uns auferlegte englische Militärdikatur, über die sich
kein Linksradikaler empört, usw. usw. Die unsinnigen Verant-
wortungslos hegenden Treibeereien der Linksreaktionäre haben vom
Danziger Proletariat bisher kein nur die schwersten Opfer gefor-
dert, aber niemals von den Leitenden Drahtziehern!

Seider hat sich auch über diesen schweren Disziplinbruch und
seine Folgen niemand im Gewerkschaftskartell geäußert. Dafür
bekommen es seine Urheber noch fertig, die „Volksstimme“ anzu-
greifen, weil sie nicht gewerkschaftsfreundlich gehandelt haben soll.

Das weltliche Spiel der Linksradikalen geht sich aber sofort,
wenn man etwas näher zusieht, was sie eigentlich der „Volks-
stimme“ vorwerfen. Sie soll „parteilich“ geschrieben haben,
als sie mitteilte, daß die Spartakusse beantragten, daß die Zentral-
bibliothek auch kommunistische Literatur anschaffen solle. Was wäre
das wohl für eine Sünde gewesen, wenn die „Volksstimme“ sich
tatsächlich getreu hätte? Sie hat aber nur die Wahrheit geschrie-
ben! Die Spartakusse und Unabhängigen, die jeden Gewerkschafts-
angestellten einzig wegen seiner sozialdemokratischen Gesinnung mit
der Fingerringe niederzuschlagen möchten, die jede Verleumdung
gegen sozialdemokratische Gewerkschaftler für Ehrensache halten,
suchen ganz selbstverständlich die gewerkschaftlichen Einrichtungen
auf jedem Gebiet für sich politisch auszunutzen. Weil das die
„Volksstimme“ wahrheitsgemäß festgestellt hat, deshalb entrollten
sich die „revolutionären“ Herren Linksradikalen plötzlich gewerkschaftlich
Und ganz wie die älteste Polizei- oder Kommisweisheit

fordern sie als Strafe: Hauskanten, Zensur und Verbot! Das ist
ein schöner Beweis für die Freiheit, die uns diese „Revolutions-
reue“ bescheren würden. Die ganze schöne Envrüstung gegen die
„Volksstimme“ ist sich aber in Seitenblasen auf, wenn man weiß,
daß die Attode gegen die sozialdemokratischen Zeitungen wurdungs-
wieder das allgemeine Rezept der Linksradikalen ist. Man braucht
eben von Zeit zu Zeit einen neuen Kummel, um das allmählich trotz
der knallenden Phrasendrescherei doch ungeduldig werdende Gefolge
zu beruhigen. So hat man neuerdings in Chemnitz beschloffen,
daß die Inserate des Metallarbeiterverbandes nicht mehr in der
sozialdemokratischen „Volksstimme“ veröffentlicht werden sollen. Zu-
gleichzeit mit wiederholte man in Magdeburg den Be-
schluß, daß die sozialdemokratische „Volksstimme“ keine Druckfachen
des Metallarbeiterverbandes mehr erhalten solle. Schließlich noch
eine erfreuliche Nachricht, wohin dieser sinnlose Mißbrauch der Ar-
beiterorganisationen erfreulicherweise hinführt. In Hamburg
mußte die gesamte linksradikale Zeitung des Metallarbeiterverban-
des ihre Posten niederlegen, weil die Mitgliederversammlung ihr
einstimmig das Mißtrauen ausgesprochen hatte. Ich will heute
nicht fragen, wogit die Spartakusse Sierle und Ringer und
ihr unabhängiger Besinnungsgenosse Schmidt den Rüt her-
nehmen, die Zerstückelung einer Arbeiterzeitung zu fordern. Was
haben diese Leute je getan, um der „Volksstimme“ zu schaden? Was
wissen sie überhaupt davon, was es bedeutet, die „Volksstimme“ zu
schaffen und wie tapfer gerade dieses Blatt stets im gewerkschaft-
lichen Vorlamp gestanden hat? Wenn Herr Sierle dem Genossen
Bariel das Schicksal des Oberbürgermeisters androht, und der un-
abhängige Volksabgeordnete Schmidt den Genossen Effen-
berg als Dumpe beschimpft, so frage ich mich, wie diese Herren
gerade richtig. Versuchen kann ich aber nicht, daß in der Kartell-
versammlung solche Schwankungen nicht in der verdienten Weise zu-
rückgewiesen werden. Der Bericht, den die „Volksstimme“ nach-
träglich über die verhängte Verfassung des Gewerkschaftskartells
brachte, läßt ja keinen einzigen Redner für die „Volksstimme“
sprechen: Tatsächlich beherrschten die Linksradikalen aber durch-
aus nicht allein das Feld. Auch die Annahme ihrer Resolution
war durchaus nicht so sicher. Noch ist die Mehrheit unseres Kar-
tells auch durchaus nicht gewillt, vor demagogischen Tricks der
Spartakusse und ihrer unabhängigen Nachfolger in die Arne zu
stufen. Das wird die endgültige Erledigung dieser Frage auch
deutlich genug beweisen.

Wir möchten nur noch einige Bemerkungen darüber machen,
wie sich die unabhängige-spartakistische Freiheitstreibung eigent-
lich die Durchführung der von ihnen gegen uns angestrebten Straf-
beschlüsse denken. Wer wollte uns wohl hindern, selbst wenn kein
einziges Sozialdemokrat dem Gewerkschaftskartell angehören sollte,
über dessen Versammlungen zu berichten? So unsäglich sind doch so-
zialdemokratische Journalisten nicht. In Königsberg war das Ge-
werkschaftskartell längst eine Filiale der unabhängigen Partei. Die
besten Berichte über das Kartell brachte aber die sozialdemokratische
„Königsberger Volkszeitung“, als sie von ihm in den fürchterlichsten
Bohlokkham getan war. Darauf beschloß man, genau wie die Links-
reaktionäre in Danzig wollen, daß die „R. V. Z.“ sich nicht mehr
„Publikationsorgan der freien Gewerkschaften“ nennen dürfe. Selbst-
verständlich behielt die Arbeiterzeitung auch weiter ruhig diese Be-
zeichnung bei. Darauf beantragte die unabhängige Zeitung des
Kartells einen der angesehensten Königsberger Anwälte mit der
Klage gegen die unbotmäßige „R. V. Z.“. Der Anwalt sollte sie zur
Ablegung des „Publikationsorgan“ usw. zwingen. Das Ergebnis
war, daß der tüchtige Jurist eingehend nachwies, daß eine solche
Forderung ebenso unsinnig wie gesetzlich unzulässig sei, weil wir
eben noch nicht im freiheitstreibenden linksradikalen Zulufstpaat
leben. Und nun nahm die „R. V. Z.“ eine wahrhaft geschwätzige
Rache: Sie veröffentlichte das sehr interessante Schreiben des ge-
nerischen Anwalts im vollen Wortlaut noch ehe es dem Adressaten
zugegangen war. Dieses journalistische Meisterstück wirkte so durch-
schlagend, daß man die „R. V. Z.“ fortad unbeschädigt ließ. Wer
weiß, wie sich die Dinge in Danzig bei Festung eines ähnlichen Be-
schlusses gestalten würden.

Erhöhung der Preise für das Stadttheater.

Der Magistrat hat den Stadtverordneten die Vorlage unter-
breitet, die Preise der Tageskarten für das Stadttheater um 20 bis
40 Prozent und für Dauerkarten um 60 bis 115 Prozent zu er-
höhen. Der Verkauf der Dauerkarten soll unter folgendem Vor-
behalt erfolgen: Falls im Laufe der Spielzeit eine Erhöhung der
Tagespreise notwendig wird, hat eine gleiche prozentuale Erhöhung
der Preise für Dauerkarten einzutreten.

Der Begründung dieser Vorlage entnehmen wir folgendes:
Da die Ausgaben für das Stadttheater ständig gestiegen sind,
sehen wir uns bereits bei Beginn der Spielzeit 1919/20 genötigt,
diese Mehrausgaben durch Erhöhung der Preise für Tages- und
Dauerkarten zu decken. Im Laufe der Spielzeit (März 1920) er-
wies sich eine nochmalige Erhöhung der Preise für Tageskarten als
erforderlich. Die Preise für die Dauerkarten wurden damals jedoch
unverändert bleiben, weil abgeschlossene Verträge vorlagen.

Die Einnahmen des Stadttheaters während der Spielzeit
1919/20 betrugen rund 1.051.000 Mark, die Ausgaben rund
1.442.000 Mark. Es hat sich somit ein Fehlbetrag von rund 391.000
Mark ergeben. Dieser ist hervorgerufen durch die stark erhöhten
Gagen des Theaterpersonals und die allgemeine Steigerung der
Preise für die notwendigen Anschaffungen. Unter Berücksichtigung
des Umfandes, daß die Gagen und Arbeitslöhne erst im Laufe der
Spielzeit 1919/20 erhöht und andere Ausgaben inzwischen weiter
gestiegen sind, muß bei Begründung der zeitigen Gagen und
Arbeitslöhne mit einer Gesamtmindelausgabe von rund 1.750.000
Mark gerechnet werden. Hiermit würde ein weiteres Anwachsen des
Fehlbetrages auf 700.000 Mark zu erwarten sein. Da in der
kommenden Spielzeit ein Zufluß aus städtischen Mitteln möglichst
verzieden werden soll, hat sich eine starke Vermehrung der Ein-
nahmen durch Erhöhung der Preise für Tages- und Dauerkarten
als notwendig erwiesen.

Unter Zugrundelegung der neuen Preise für Tages- und Dau-
erkarten der vorjährigen Anzahl der Dauerkarten und eines Tages-
kartenverkaufs von durchschnittlich 60 v. S. ist für die Spielzeit
1919/20 mit einer Einnahme von rund 1.750.000 Mark zu rechnen,
die der oben geschätzten Ausgabe in gleicher Höhe gegenübersteht.
Der Unterschied in der prozentualen Erhöhung der Preise für
Tageskarten in Höhe von 20 bis 40 Prozent und der Preise für
Dauerkarten in Höhe von 60 bis 115 Prozent ist darauf zurückzu-
zuführen, daß die Preise für Tageskarten bereits in der Spielzeit
1919/20 vom 24. März 1920 ab um 50, 30 bzw. 20 Prozent er-
höht wurden, während bei den Dauerkarten eine Erhöhung unter-
blieb. Um für die Zukunft die Möglichkeit zu haben, bei einer im
Laufe der Spielzeit notwendig werdenden Erhöhung der Tages-
preise auch eine gleiche prozentuale Erhöhung der Preise für Dau-
erkarten einzutreten zu lassen, ist mit Berücksichtigung des Theateraus-
schusses in Aussicht genommen, die Dauerkarten mit einem ent-
sprechenden Vorbehaltssatz zu verkaufen. Den Dauerkarten-
inhabern soll bei einer etwaigen Erhöhung der Preise aber das
Recht zustehen, die Rückzahlung des eingezahlten Durchschnitts-
preises für den Rest der auf das abgelaufene Abonnement noch
entfallenden Vorstellungen zu fordern, jedoch unter Verzicht des
Anrechts auf die bevorzugte Stellung der betr. Dauerkarten in
den späteren Spielzeiten.

Wir hätten gewünscht, daß der Magistrat sich in dieser Ange-
legenheit über die Veranstaltung von Volksvorstellungen geäußert
hätte. Auch die Preise für die billigen Plätze erfahren nach den
Vorschlägen des Magistrats solche Erhöhungen, daß die Volksvor-
stellungen und die Sondervorstellungen des Arbeiter-Bildungsaus-
schusses eine weit größere Bedeutung als bisher erhalten. Für
numerierte Galerien zeigen die Preise in fünf Stufen von 1 Mk.
auf 3,40 Mk. wir folgt: Kleine Preise 1 Mk., Vermittelte Preise
1,30 Mk., Gewöhnliche 2,40 Mk., Erhöhte 2,90 Mk. und Galeriesit-
ze 3,40 Mk. Bisher betragen diese Preise 90 Pf., 1,50 Mk.,
2 Mk., 2,40 Mk. und 2,90 Mk. Für nichtnumerierte Galerien
sollen die Preise wie folgt steigen: 70 Pf., 1 Mk., 1,70 Mk., 2 Mk.
und 2,40 Mk., während sie bisher von 50 Pf. bis 2 Mark abgestuft
waren.

Kleider machen Leute.

Von Gottfried Keller.

3) (Fortsetzung.)

„Wohl bekommt es ihm“, sagte die Köchin, „lassen Sie ihn nur
maden, der weiß, was Reibhühner sind! Wäre er ein gemeiner
Kerl, so hätte er sich an den Braten gehalten!“

„Ich sag es auch“, meinte der Wirt, „es steht sich zwar nicht
ganz elegant an; aber so habe ich, als ich zu meiner Ausbildung
reiste, nur Generale und Kapittelsherren essen sehen!“

Unterdessen hatte der Kutscher die Pferde füttern lassen und
selbst ein handfestes Essen eingenommen in der Stube für das
untere Volk, und da er Eile hatte, ließ er bald wieder anspannen.
Die Angehörigen des Gasthofes zur Wage konnten sich nun nicht
länger enthalten und fragten, ehe es zu spät wurde, den herrschaft-
lichen Kutscher gerabeg, wer sein Herr da oben sei und wie er
heiße. Der Kutscher, ein schalthafter und durchtriebener Kerl, ver-
setzte: „Hat er es noch nicht selbst gesagt!“

„Hoin!“ hieß es, und er erwiderte: „Das glaub ich wohl, der
spricht nicht viel in einem Tage; nun, es ist der Graf Strapinski!
Er wird aber heut und vielleicht einige Tage hier bleiben, denn
er hat mir befohlen, mit dem Wagen voranzufahren.“

Er machte diesen schlechten Spah, um sich an dem Schneiderlein
zu rächen, das, wie er glaubte, statt ihm für seine Gefälligkeit ein
Wort des Dankes und des Abschiedes zu sagen, sich ohne Umschwe-
fen in das Haus begeben hatte und den Herren spielte. Er an Calen-
spiegel auf der Straße trübend, bestieg er auch den Wagen, ohne
nach der Besche für sich und die Pferde zu fragen, schwang die
Peitsche und fuhr aus der Stadt, und alles ward so in der Ordnung
befunden und dem guten Schneider aufs Herz.

Kam nun es sich aber fügen, daß dieser, ein geborner Schlei-
fer, wirklich Strapinski hieß, Wenzel Strapinski, wozu es nun
ein Zufall sein oder mochte der Schneider sein. Der Witz im
Wagen herangezogen, es dort vergessen und der Kutscher es zu sich
genommen haben. Genau, als der Wirt freudig strahlend und händ-
reißend vor ihn hintrat und fragte, ob der Herr Graf Strapinski
zum Nachschick ein Glas alten Tokajer oder ein Glas Champagner
nehme und ihm meldete, daß die Zimmer leeren zubereitet wären,
da erblickte der arme Strapinski, bewirte sich von neuem und
schwiberte gar nicht.

„Höchst interessant!“ brummte der Wirt für sich, indem er aber-
mals in den Keller eilte und aus besonderem Verstoß nicht nur
ein gläsernes Tokajer, sondern auch ein Krügelchen Weißbrot
holte und eine Champagnerflasche schlechthin unter den Arm nahm.
Bald sah Strapinski einen kleinen Wald von Wäldern vor sich, aus
dem der Champagnerfeld wie eine Kappel emporragte. Das
glänzte, kitzelte und duftete gar festlich vor ihm, und was noch
seltsamer war der arme, aber zielliche Mann griff nicht un-
geschickt in das Wäldchen hinein und goß, als er sah, daß der Wirt
etwas Rotwein in seinen Champagner kal, einige Tropfen Tokajer
in den feigenen. Zugewiesen war der Stadtschreiber und der Notar
genommen, um den Koffer zu trinken und das lägliche Spielchen um
denselben zu machen; bald kam auch der Alex Sohn des Hauses
Häberlein und Co., der jüngere des Hauses Pilschli-Werbergell, der
Buchhalter einer großen Spinnerei, Herr Reicher Wöhm; allein
stall ihre Partie zu spielen, gingen sämtliche Herren im weißen
Bogen hinter dem polnischen Grafen her, die Hände in den hin-
teren Rocktaschen, mit den Augen blinzelnd und auf den Stockhän-
den lächelnd. Denn es waren diejenigen Mitglieder guter Häuser,
die ihr Leben lang zu Hause blieben, deren Verwandte und Ge-
nosse aber in aller Welt sahen, weswegen sie selbst die Welt fatt-
sam zu kennen glaubten.

Was das sollte ein polnischer Graf sein! Den Wagen hatten sie
freilich von ihrem Kontorstuhl aus gesehen; auch hätte man nicht,
als der Wirt den Grafen, oder dieser seinen Bedienten, das hatte der
Wirt bis jetzt noch keine dumme Strecke gemacht; er war viel-
mehr als ein ziemlich klauer Kopf bekannt und so warben denn
die Kreise, welche die neugierigen Herren um den Fremden sahen,
immer kleiner, bis sie fast zuletzt verträglich an den gleichen Tisch
setzten und sich auf gewohnte Weise zu dem Gage und dem
Stegreif rüsteten, indem sie ohne weiteres um eine Platte zu set-
zeln begannen.

Doch trauden sie es zu viel, da es noch fest war, da es galt
es einen Schuld trefflichen Koffer zu nehmen und dem Polo zu
wie sie den Schneider bereits heimlich nannten, mit gutem Ran-
zeug aufzuwarten, damit er nicht mehr erde, wo er eigentlich
wäre.

„Darf ich dem Herrn Grafen eine oberirdische Zigarre anbieten?
Ich habe sie von meinem Bruder auf Cuba direkt bekommen!“ sagte
der Wirt.

„Die Herren Polen lieben auch eine gute Zigarre, hier ist
echter Kaba aus Smyrna, mein Kompagnon hat ihn gefunden,“ rief
der andere, indem er ein ruffelndes Teufelchen hinhielt.

„Dieser aus Lamasus ist feiner, Herr Graf,“ rief der dritte,
„unser dortiger Professor selbst hat ihn für mich besorgt!“

Der vierte steckte einen ungefügen Zigarrenengel dar, indem er
sagte: „Wenn Sie etwas ganz Außergewöhnliches wollen, so versuchen
Sie diese Pflanzergigarre aus Virginia, selbstgezogen, selbstgemacht
und durchaus nicht künstlich!“

Strapinski lächelte fäuerlich, sagte nichts und war bald in seine
Duftwolken gehüllt, welche von der herüberbrechenden Sonne
schlecht verflüßert wurden. Der Himmel entbüllte sich in wenigen
einer Viertelstunde, der schönste Herbstnachmittag trat ein; es hieß
der Genuß der gütigen Stunde sei sich zu gähnen, da das Jahr
vielleicht nicht viele solcher Tage mehr brächte; und es wurde be-
schlossen, auszufahren, den herrlichen Kaba auf seinem Gage zu
besuchen, der erst vor wenigen Tagen geliefert hatte, und seinen
neuen Wein, den roten Soufer, zu kosten. Pilschli-Werbergell, Sohn,
sandte nach seinem Jagdwagen, und bald schlugen seine jungen
Eisenfüßel das Pflaster vor der Wage. Der Wirt selbst ließ
ebenfalls ankommen, man ließ den Koffer zu vorwärts und ein
angenehmes Gegend etwas an den Weg.

Der Wein hatte einen sehr erquicklichen, er überdachte (Gott), daß
er bei dieser Gelegenheit am besten sich am besten erweisen und
seine Wandlung fortsetzen; denn die Schaben sollten die besten
und jubringlichen Herren an sich selbst behalten. Er nahm daher
die Einladung mit einigen höflichen Worten an und bestieg mit dem
jungen Pilschli den Jagdwagen.

Kam nun es weitere flügel, daß der Schneider, nachdem er auf
seinem Dorfe schon als junger Kutscher dem Grafen gewesen
Dauße geleistet, sein Müßiggang bei den Grafen abgeben hatte
und demnach genug mit Pferden umzugehen verstand, die
daher sein Gefährte höflich fragte, ob er vielleicht jagten möge,
griff er sofort Bügel und Peitsche und fuhr in schülerischer Hal-
tung in raschem Trab durch das Tor und auf der Landstraße be-
ging, so daß die Herren einander ansahen und lächelten. Es ist
richtig, es ist jedenfalls ein Herr!

(Fortsetzung folgt.)

Danziger Nachrichten

Abwartende Haltung Lowers?

In seinem Glückwunschschreiben an den Präsidenten der Verfassungsgebenden Versammlung hatte der Oberkommissar mitgeteilt, daß er in wenigen Tagen nach Paris fahren werde, um dem Völkerbund die beschlossene Verfassung und den Staatsvertrag mit Polen zur Entscheidung vorzulegen. Bisher ist die Abreise Lowers nicht erfolgt. Der Grund der hinausgeschobenen Reise hängt aller Wahrscheinlichkeit mit den ungeklärten Verhältnissen des Ostens zusammen.

Immer wieder polnische Uebergriffe.

20 Danziger in Dirschau festgehalten.

Am Sonntag abend wurden 20 Reisende, die aus dem Berliner Zug in den Danziger Zug einsteigen wollten, auf dem Bahnhof in Dirschau verhaftet. Ein Grund lag durchaus nicht vor, da die Pässe in Ordnung waren. Die Verhafteten wurden die ganze Nacht hindurch festgehalten. Nur dem christlichen Gewerkschaftsführer Cierock gelang es unter Berufung auf seine Tätigkeit als Arbeiterführer freizukommen. Ueber die weiterhin festgehaltenen 19 Reisenden liegen keine Nachrichten vor. Wie lange gedankt Polen ein derartiges Spiel mit der Freiheit der Freistaatsbürger noch zu treiben?

Unfreiwillige Erkenntnis?

Das Vorrücken der bolschewistischen Armee war für unsere Unabhängigen bisher immer der Anlaß hoher Begeisterung. Ist doch Sowjet-Rußland für Kommunisten und Unabhängige der Bringer der „neuen Morgenröte“. Mit dem weiteren Vorrücken scheint bei den hiesigen Unabhängigen aber doch eine andere Auffassung Platz zu greifen. Im gestrigen „Freien Volk“ wird das Vorrücken der Russen bezweifelnderweise als das Vorziehen eines roten „Schattens“ gemeldet. Wir haben bisher nicht gefunden, daß unsere Zukunft in einem Schattenlande eine glückverheißende sein kann. Anscheinend beruht aber diese Meinung auf den neuesten Feststellungen der Herren Mau und Raube, die sie bei ihrem jüngsten Besuch jenseits der Grenze machen konnten.

Passagierdampferverbindungen ab Danzig.

Vielfache Anfragen aus unserem Leserkreis veranlassen uns, eine Zusammenstellung über die Passagierdampferverbindungen ab Danzig zu bringen, wie sie uns von der Danziger Verkehrszentrale zur Verfügung gestellt wird.

Nach Spinemünde fährt der Norddeutsche Mohd-Dampfer „Grühhott“ jeden Montag und Donnerstag, abend, um 8 Uhr morgens ab, ab Joppt 9 Uhr vormittags und an Ewinemünde 1 Uhr nachts. Von Ewinemünde fährt derselbe Dampfer jeden Mittwoch und Sonnabend 8 Uhr morgens ab und trifft in Joppt gegen 7 Uhr abends und in Danzig nach 8 Uhr abends ein. Der Fahrpreis für einfache Fahrt stellt sich auf 90 Mk., der für Hin- und Rückfahrt (8 tägige Gültigkeit) auf 185 Mk., Karten für den Dampfer sind sowohl in der Verkehrszentrale (Stadtgraben 5) wie in der Baltropa (im Grünen Tor) erhältlich.

Nach Elbing fährt jeden Dienstag, Mittwoch, Freitag, Sonnabend von der Grünen Brücke auf der Sparkassenstraße um 8 Uhr morgens ein Dampfer ab, der um 3 Uhr nachmittags in Elbing eintrifft. Von Elbing fährt der Dampfer jeden Montag und Donnerstag um 8 1/2 Uhr vormittags ab, am Dienstag und Freitag um 10 Uhr vormittags bei ebenfalls 7 stündiger Fahrt. Der Fahrpreis für einfache Fahrt stellt sich auf 16 Mk., für Kinder die Hälfte.

Nach Rahlberg—Pillau—Rönigsberg fährt ein Dampfer jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend 7 Uhr morgens von der Grünen Brücke ab und ist etwa 1 Uhr mittags in Rahlberg, etwa 4 Uhr nachmittags in Pillau und gegen 7 Uhr in Rönigsberg. Von Rönigsberg fährt der Dampfer jeden Montag, Mittwoch und Freitag ebenfalls 7 Uhr ab und ist 7 Uhr abends in Danzig. Der Fahrpreis beträgt für einfache Fahrt nach Rahlberg 20 Mk., 1. Kajüte, 15 Mk., 2. Kajüte, nach Pillau 40 Mk., 1. Kajüte, 30 Mk., 2. Kajüte, nach Rönigsberg 40 Mk., bezw. 30 Mk.

Nach Liegenhof besteht von Danzig an jedem Montag, Mittwoch, Freitag, Sonnabend Dampferverbindung um 8 Uhr nachmittags; der Dampfer trifft um 9 Uhr abends in Liegenhof ein. Von Liegenhof fährt der Dampfer an denselben Tagen 4 Uhr morgens ab und trifft gegen 9 Uhr morgens in Danzig ein.

Weitere Auskunft erteilt die Danziger Verkehrszentrale, Am Stadtgraben 5 (Fernruf 549).

Die neuen Danziger Briefmarken.

Die Restbestände der freistaatlichen Postanstalten an bisherigen deutschen Freimarken ohne den Aufdruck „Danzig“ sind unter Ausblossierung der Aufschrift Deutsches Reich mit einem schrägen Aufdruck „Danzig“ in Schreibschrift versehen worden. Das Ueberdrucken ist erfolgt in Ausführung der unlängst erlassenen Verordnung, daß im Freistaatsgebiet vom 20. Juli ab nur Wertzeichen mit dem Aufdruck „Danzig“ Gültigkeit haben und um die Restbestände bei der allgemeinen Knappheit an Wertzeichen zu verwerfen. Der Aufdruck ist blau-schwarz; nur die Marken zu 25, 30, 40, 50 und 75 Pfennig tragen einen bordeauxroten Aufdruck. Um dem fühlbaren Mangel an Marken mit höheren Werten abzuhelfen, sind durch entsprechenden Aufdruck Wertzeichen zu 2, 3, 7 1/2, 30 und 35 Pf. in Mark zu 1 1/4, 2 1/2, 5, und 10 Mark umgewandelt worden. Die Marken kommen vom 20. August ab zur Ausgabe.

Um dem fühlbaren Mangel an Zehnmarktfreimarken abzuhelfen, hat die freistaatliche Postverwaltung Zwanzigpfennigmarken mit dem Aufdruck „Danzig“, die in größerer Menge noch vorrätig sind, durch Ueberdrucken mit einer großen bordeauxroten Ziffer 10 in solche zu 10 Pf. umwandeln lassen. Die ursprüngliche Wertangabe ist durch einen sechsbedigen Stern ausblodiert worden. Die Marke, die ein sehr gefälliges Aussehen hat, kommt vom 17. d. Mts. ab an den Postschaltern zur Ausgabe.

Noch immer Kartoffelmangel!

Trotz der fortschreitender Jahreszeit und der damit ergeblicher werdenden Ernte sind unsere Speisevorräte täglich um die knappen Kartoffelrationen in Sorge. Wenn nach neueren Mitteilungen in den letzten 14 Tagen annähernd 90 Waggons Frühkartoffeln aus Pommern nach Danzig herbeigekommen sein sollen, so hat dies an dem großen Mangel noch nichts ändern können. Die Vorräte vor den Kartoffelgeschäften sind jedenfalls noch nicht kleiner geworden, was bei dem genannten Quantum und der doch genügend geübten öffentlichen Kritik immerhin vermerkt werden muß.

Geschäftsordnung der Handelskammer. Die Handelskammer hat ihre von der Polikammer festgesetzte Geschäftsordnung im Druck veröffentlicht. Diese Geschäftsordnung enthält die näheren Bestimmungen über die Befugnisse der einzelnen Organe der Handelskammer. Sie wird dem handelsregisterlich eingetragenen Firmen gegen Erstattung der Selbstkosten von 1,50 Mark für das Stück in den Räumlichkeiten der Handelskammer, Langenmarkt 48, abgegeben.

Bestimmungen über die Befugnisse der einzelnen Organe der Handelskammer. Sie wird dem handelsregisterlich eingetragenen Firmen gegen Erstattung der Selbstkosten von 1,50 Mark für das Stück in den Räumlichkeiten der Handelskammer, Langenmarkt 48, abgegeben.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen hielt am Freitag im Bildungsbereich eine Mitgliederversammlung ab, die überaus zahlreich besucht war. Nach Bestätigung der Wahl des Kassierers und Schriftführers gab Kamerad Witt den Geschäftsbericht. Die Tätigkeit der Organisation im verflochtenen Vierteljahr war überaus rege. Den Kassensbericht gab Kamerad Bogt, den Revisionsbericht Kamerad Strätmann. Hiernach gab Kamerad Bogt den Bericht über den stattgefundenen Bundestag in Würzburg, wobei er sich eingehend mit dem neuesten Reichsvorlagegesetz befahte. Eine Resolution an den Staatsrat über Ermäßigung der Steuern für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene fand einstimmige Annahme. Der Schluß bildeten interne Organisationsangelegenheiten.

Schlachtpreise für Schlachtschweine. Im Anzeigenteil macht das Wirtschaftsamt Schlachtpreise für lebende Schlachtschweine bekannt. Andere Preise im Kleinhandel als durchschnittlich höchstens 10 Mk. für das Pfund sind künftig Wucherpreise. Man bringe sie zur Anzeige.

Beschlagnahme früherer Gafereente. Es wird darauf hingewiesen, daß nach der Getreideordnung für die Ernte 1920 der Gafere früherer Ernten mit dem Beginn des 16. August beschlagnahmt wird und daß die Besitzer von solchen Gaferevorräten verpflichtet sind, die Gaferevorräte in Danzig und Joppt ihrem Bezirksrat, sonst ihrem Landrat anzumelden.

Als spätester Anmeldefrist ist der 20. August 1920 festgesetzt. Auf Innehaltung des Termins wird an dieser Stelle nochmals besonders hingewiesen.

Ausgabe neuer Hauptmarkenbogen. In der heutigen Nummer unserer Zeitung wird bekanntgemacht, daß am Mittwoch, den 18. August, in sämtlichen Hilfsvereinstellen die neuen Hauptmarkenbogen an die Haushaltungen der bereits zur Abholung aufgerufenen Erben und Erbschaften, die bisher ihre neuen Hauptmarkenbogen nicht in Empfang genommen haben, ausgegeben werden.

Lieferung von Brennstoffen. Im Anzeigenteil dieser Nummer werden die Marken 44 und 48 der Brennstoffarten A, B und C zur Belieferung mit je 1 Zentner Briketts und die Marke 8 der Brennstoffart D zur Belieferung mit 2 Zentner Briketts aufgeführt.

In den Aelgraben gestürzt ist am Sonnabend der Arbeiter Waldemar Schabrowski aus Schiditz. Er konnte gegen mittag nur als Leiche aus dem Wasser gezogen werden.

Gnadensuch der Geschwister Rudrowski. Die je zweimal zum Tode verurteilten Geschwister Rudrowski hatten gegen das Urteil Berufung eingelegt. Nachdem diese nun verworfen ist, haben sowohl Bernhard wie Hedwig, beim Oberkommissar Lowers ein Gnadensuch eingebracht. Dem Oberkommissar liegen nunmehr zwei Gnadensuche vor, da die Braut des Bernhard Rudrowski bereits vor einiger Zeit ein derartiges Gesuch eingebracht hat.

Polizeibericht vom 17. August 1920. Verhaftet: 13 Personen, darunter 2 wegen Diebstahls, 1 wegen Brotmarkenverschlebung, 10 in Polizeihaft. — Gesunden: 1 Brieftasche mit Papieren für Anna Sturmerowa, 1 Brosche mit Bild, abzuholen aus dem Fundbureau des Polizeipräsidiums 1 silberne Herrenuhr mit Kette, abzuholen vom Kaufmann Herrn Groß, Ulmenweg 14 III 1 goldener Trauring mit Inschrift, abzuholen von Frau Alma Quack, Holzraum 4b. — Zugelassen: 1 schwarzeber Schäferhund mit Halsband, abzuholen von Herrn Artur Thiel, Hühnerberg 15/16. 1 schwarz, gelb und weiß gezeichnete Dobermannhündin, abzuholen von Frau Geheimrat Sachse, Laubeinweg 7.

Standesamt vom 17. August 1920.

Todesfälle: Tochter des Arbeiters Johannes Kischall, totgeb. — Tochter des Eisenbahnschaffners Otto Klein, 15 J. — Arbeiter Waldemar Schabrowski, 54 J. 8 M. — Sohn des Lokomotivführers Joseph Fett, 9 M. — Rentnempfängerin Marianna Dziala, 70 J. 8 M. — Tochter des Arbeiters Johann Peterkiewitz, 8 J. — Betriebsarbeiter Wilhelm Hubert, 45 J. 9 M. — Rechnungsrat Christoph Ginz, 63 J. 1 M. — Sohn des verstorbenen Tapeziers, Reservisten Egonmund Neumann, 1 J. 8 M. — Witwe Marie Kitz geb. Kofsch, 72 J. — Unehel. 1 Tochter.

Wasserstandsrichten am 17. August 1920.

	gestern	heute	gestern	heute
Jowischof	1,36	1,36	Kurzbrack	1,46
Warschau	—	—	Montanerspitze	1,01
Schönan	6,66	—	Plehel	0,97
Galgenberg	4,30	—	Dirschau	1,12
Neuborsterbusch	2,06	—	Einlage	2,34
Thorn	1,00	0,86	Schleusenort	2,56
Fordeu	0,93	0,83	Dollsdorf	—
Culm	0,92	0,80	Anwachs	1,16
Graubenz	1,06	1,96		

Vertliche Parteinaudrichten.

Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins. Am Freitag, den 20. August, abends 7 Uhr, in der Aula der Volkshochschule, am Hansaplatz.

Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Kassensbericht, 2. Vortrag, 3. Verschiedenes. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Wahltag Frauen!

Am Donnerstag, den 19. August, abends 7 Uhr, im Singaal der Volkshochschule, am Hansaplatz.

Früherer Versammlung.

Vortrag der Genossin Klagenmann über die Arbeiten des Selbstschutzes. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

5. Bezirk (Donghu). Am Donnerstag, den 19. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Brunnhölzerweg 2, Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins. Thema: Wirtschaftliche Probleme. Referent: Gen. Karzschell.

11. Bezirk (Graudenz). Am Mittwoch, den 18. August, abends 7 Uhr, bei Herrn Wiewieser Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins. Referent: Gen. Karzschell.

Verein Arbeiter-Jugend. Am Mittwoch, den 18. d. Mts., abends 7 Uhr, findet im Jugendheim, Weidenböschungstrasse 1/2, eine bedeutende Generalversammlung statt. Das Erscheinen aller Mitglieder ist wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung dringend notwendig.

Offiz. Sozialdemokratischer Verein. Der Verein wird am Donnerstag, den 19. August, abends 7 Uhr im Lokale des Herrn Rappol, Danzigerstraße, Vortrag des Gen. Vorherr, Danzig.

Aus dem Freistadtbezirk.

Gemeindevertreterwahl in Odra.

Am Donnerstag, den 19. August, nachmittags 3 Uhr, findet im Rathaus zu Odra eine Gemeindevertreterwahl mit nachfolgender Tagesordnung statt: 1. Bestätigung des Ausschusses, 2. Anerkennung des begl. Beschlusses des nächsten Kandidaten der Liste Brüll für den ausfallenden Gemeindevorordneten Wehn, 3. Antrag der Beamten um Aufhebung der einzelnen Geschäftsgruppen a) für Bekleidungs- und Kleiderarbeiten, b) für Wäschearbeiten, 4. Antrag der Beamten um Aufhebung der einzelnen Geschäftsgruppen a) für Bekleidungs- und Kleiderarbeiten, b) für Wäschearbeiten, 5. Antrag der Beamten um Aufhebung der einzelnen Geschäftsgruppen a) für Bekleidungs- und Kleiderarbeiten, b) für Wäschearbeiten, 6. Antrag der Beamten um Aufhebung der einzelnen Geschäftsgruppen a) für Bekleidungs- und Kleiderarbeiten, b) für Wäschearbeiten, 7. Antrag der Beamten um Aufhebung der einzelnen Geschäftsgruppen a) für Bekleidungs- und Kleiderarbeiten, b) für Wäschearbeiten, 8. Antrag der Beamten um Aufhebung der einzelnen Geschäftsgruppen a) für Bekleidungs- und Kleiderarbeiten, b) für Wäschearbeiten, 9. Antrag der Beamten um Aufhebung der einzelnen Geschäftsgruppen a) für Bekleidungs- und Kleiderarbeiten, b) für Wäschearbeiten.

Unabhängige Obstruktion in Odra.

Odra. Eigenartige Gründe geben zur Vertagung der gestrigen Gemeindevertreterwahl Veranlassung. Der Vorsitzende verlas zum 1. Punkt der Tagesordnung den Schriftwechsel des Gemeindevorstandes mit dem Regierungspräsidenten über die Angelegenheit des Spielfeldes in Odra. Hierbei wurde er von zwei Gemeindevertretern der U. S. P. fortwährend derart unterbrochen, daß es ihm unmöglich wurde, die Vertagung zu Ende zu führen. Da auch im weiteren Verlaufe die U. S. P.-Vertreter durch lächerlich wirkende Wägen eine geordnete Verhandlung unmöglich machten, mußte die Sitzung vertagt werden.

Welche geheimnisvollen Gründe die Vertreter der U. S. P. auch gehabt haben mögen die Vertagung zur Vertagung zu zwingen, so hätten sie mindestens eine Form finden sollen, die sie nicht der Lächerlichkeit preisgab. Ihre Juristen und Bemerkungen bewiesen, daß die Rede der russischen roten Armer sie in den festen Glauben verlegt hat, daß in den nächsten Tagen auch bei uns die Sowjetregierung zur Ausübung kommen wird und folgedessen eine geordnete Verhandlung über Gemeindegeldangelegenheiten nicht notwendig wäre! Und das in dem Augenblick, wo der Antrag der Soldaten Kommunisten auf Einführung der Sowjetverwaltung vom russischen Zivilkommissar abgelehnt wurde, da ihre Anwendung für Ostpreußen ungeeignet sei.

Es zeugt jedenfalls von dem vielgerühmten Verständnis für die wirtschaftlichen Nöte der Arbeiter, wenn durch solche inszenierte Störungen wichtige Punkte der Tagesordnung, die schnellster Erledigung bedürfen wie: Festlegung der Löhne und Wirtschaftsbedingungen der Gemeindegeldarbeiter und Ausbau des Poggenfruger Weges, verschleppt werden. Den Schaden eines derart unsinnigen Benehmens haben die Arbeiter zu tragen.

Aus dem deutschen Osten.

Der Reichspräsident an die Ostdeutschen.

Berlin, 16. Aug. (W. B.) In die Besitzung der Abstammungsgebiete richten der Reichspräsident und der Reichslanzler eine Rundgebung, die die heute zur Heimat wiederkehrenden Volksgenossen der Abstammungsgebiete des Deutschen Reiches mit tief bewegtem Herzen willkommen heißt. Jeder einzelne, der beigetragen habe zum guten Ende dieses Kampfes, dürfte heute die Kraft des Wortes empfinden: Der ist in tiefster Seele treu, der die Heimat liebt wie du.

Maricenburg. Die italienische Besatzung reiste gestern nachmittag von hier ab. Zur Verabschiedung des Abzuges traf Sonnabend eine Kommission, bestehend aus zwei englischen und einem französischen Offizier hier ein und nahm für die Dauer der Abzugszeit in unserer Stadt Quartier.

Fregstadt. An Leuchtgasvergiftung gestorben wäre bald der Zollbeamte Erdmann hiersebst. Derselbe kam spät in sein Quartier und hat doch wohl nicht richtig den Ventilhahn geschlossen. Nach langer ärztlicher Behandlung konnte der schon steife Körper ins Leben zurückgerufen werden.

Ausführungen in Mänsfeld.

Im Anschluß an das am 15. August abends erfolgte Eintreffen des Regierungspräsidenten v. Copen und des Oberbürgermeisters Zöllch, die von einer gewaltigen Menschenmenge auf das herzlichste begrüßt wurden, kam es vor dem Rathaus, wo die Angekommenen gehalten, zu Ausführungen des hiesigen Bürgermeisters, die laut „Allenstein Zeitung“ den Oberbürgermeister von der Treppe herunterzureißen versuchten. Die Sicherheitspolizei machte von der blanken Waffe Gebrauch und stürzte den Rathausplatz von den Ruhestörern, die darauf an der Wappenstein des Rathauses aufstiegen und die Sicherheitspolizei mit Steinen bewarfen. Durch Abgabe einiger Schüsse wurden die Ruhestörer zerstreut.

Lüpf. Gegen die Schmuggelversuche an der Remise Grenze wird durch besondere Streifen der Sicherheitspolizei Ostpreußen mit aller Schärfe vorgegangen. So wurden in diesen Tagen an der Remise bei Lüpf-Preußen ein Gokwein und ein Arbeiter angehalten, die 23 lebende Gänse, 17 lebende Hühner, sieben tote Gänse und ein totes Schwein Raubfell über die Grenze schmuggeln wollten; in anderen Fällen wurden mehrere Pakete mit Rohschokolade mit 70 Mk. Seirulus bei Lüpf-Preußen beschlagnahmt.

Lezte Nachrichten.

Warschau gefallen?

Amsterdam, 17. Aug. Die „Times“ berichten von Rom: Der Stab der vierten roten Armee in Warschau meldet, daß Warschau am 15. August durch die roten Truppen besetzt worden sei. In Warschau seien unter den kommunistischen Elementen im Zusammenhang mit diesem Ereignis große Demonstrationen abgehalten worden.

Geschäftlicher Marktbericht.

Der am 16. d. Mts. den polnischen Zeitungsbericht für den wichtigsten Tagteil und die Unterhaltungsbeilage „Freie Presse“ für die Interessierten „Arundt“ und „Arundt“ in Danzig, Druck und Verlag J. G. S. & Co., Danzig.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Ausgabe neuer Hauptmarkenbogen.

Am Mittwoch, den 18. August werden abgefertigt:
 In der **Ausgabestelle:** die **Haushaltungen der Straßen:**
 Bröden, bei Herrn Bierold: Weichhoffstraße, außerdem hier und in sämtlichen anderen Hilfszweckstellen die Haushaltungen der bereits zur Abholung aufgerufenen Straßen und Straßenteile, die bisher ihre neuen Hauptmarkenbogen nicht in Empfang genommen haben.
 Die alten Nahrungshauptkarten mit Markenbogen, sowie die Ausweise, sind vorzulegen.
 Die Dienststunden sind von 8-2 Uhr, in Bröden von 9-1 Uhr und in Heubude von 8-2 Uhr.

Danzig, den 17. August 1920. (2033)
Der Magistrat.

Höchstpreise für Schweine.

Auf Grund des § 2 der Verordnung über Errichtung des Wirtschaftsamtes wird folgendes angeordnet:

- Es werden folgende Höchstpreise festgesetzt:
 für Schweine 1. Qualität 650.— Mark
 2. 600.—
 für den Zentner Lebendgewicht ab Stall.
 - Höchstpreisüberschreitungen werden mit Gefängnis und mit Geldstrafe bis zu 200.000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.
 - Die Verordnung tritt sofort in Kraft.
- Danzig, den 14. August 1920. (2035)
Das Wirtschaftsamte für das Gebiet der künftigen Freien Stadt Danzig.

Hierdurch werden die Marken 44 und 43 der Brennstoffkarten A, B und C zur Belieferung mit je 1 Ztr. Briquets, sowie die Marke 3 der Brennstoffkarte D zur Belieferung mit 2 Ztr. Briquets, soweit es die Vorräte der Händler ermöglichen, aufgerufen.

Danzig, den 18. August 1920.
Leucht- und Brennstoffamt für die Freie Stadt Danzig.

Bekanntmachung.

Städt. Brennholz-Verkauf in Neufahrwasser, Warranthof bis Mitte September 1920.

Preise für Aloben und Knäpkel nur ab Hof
 1 m Mark 82.—
 1/2 m 41.—
 Preise für Stubben nur ab Hof je 3 Ztr.
 ungenügend gespaltenes Stubbenholz Mk. 12.—
 gutgespaltenes Stubbenholz . 13.50
 keiselfertig, Stubbenholz in kl. Stücker . 15.—
Kassenkunden:
 von 8-11 1/2 Uhr vormittags
 2-3 1/2 Uhr nachmittags.
 Die Ausgabe des Holzes erfolgt:
 von 8-12 Uhr vormittags
 2-4 Uhr nachmittags.
 Danzig, den 18. August 1920. (5032)
Der Magistrat.

Neues Operetten-Theater

(früher Wilhelm-Theater.)
 Tel. 4092. Tel. 4092.
 Bosiger u. Direktor Paul Barsmann.
 Konstit. Leitung: Dir. Sigmund Kunstadt.
 Heute Dienstag, den 17. August
 abends 7 1/2 Uhr

Die Schönste von Allen

Operette in 3 Akten
 von Georg Okonkowski.
 Musik von Gilbert.
 Donnerstag, den 19. August
 Gastspiel Fri. Eilriede Pohl
 „Die Fledermaus“.
 Adele . . . Fri. Pohl.
 In Vorbereitung:
 „Die Dame vom Zirkus“.
 Vorverkauf täglich von 10-5 Uhr
 bei Kodlin, Langermarkt 23 und von
 10-5 Uhr im Warenhaus Freymann.
 Sonntags v. 9-2 an d. Theaterkasse.

In den Parterre-Räumen:
Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

Gedania-Theater

Schüsseldamm 53/55.

Achtung! Das große Sensationsprogramm!

Der Prinz von Pera

Großes Sensations-Drama in 5 Akten.

„Der rote Club“

Sensations-Drama in 4 Akten.
 Spannend von Akt zu Akt!
 Beginn der letzten Vorstellung 8 1/2 Uhr.

Wir empfehlen folgende Zeitschriften:

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Frauen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
 Mit den Beilagen: Für unsere Kinder. — Die Frau und ihr Haus.
 — Einzelnummer 30 Pfg. —

Kommunale Praxis

Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt.
 — Einzelnummer 40 Pfg. —

Arbeiter-Jugend

Erscheint monatlich zweimal.
 — Preis der Einzelnummer 60 Pfg. —

Buchhandlung „Volkswacht“

Am Spandhauz 6 u. Paradiesgasse 22.

Danzig, Neumarkt



Strasburger
 Pracht-Löwen
 vorgeführt von
 Fri. Tyll Bianca.

Tierzoo u. Proben
 täglich 10-1 Uhr
 Raubtierfütterung
 11 Uhr
 bei Krüger & Co. Ecke
 Langgasse 10, Ecke
 Wolberggasse 1988

Verlangen Sie die
 „Volkstimme“
 in den Gaststätten!

Metropol-

Lichtspiele

Dominikswall 12.

Nur noch 3 Tage!

Der Gentleman-Detektiv

John Harrison

in seinem ersten Film der Serie 1920/21

Das Zeichen der Vier!

Großes Detektivschauspiel in 6 Akten.

Der Kelch der Keuschheit!

Drama in 5 Akten mit (2031)

Wanda Treumann.

Ein Programm groß. Erfolges!

Lieben Sie?

wirklich Ihre Gattin? Verlangen Sie sofort kostenlos Prospekt von B. Pieper, Danzig, Sandweg 6. (1984)

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt

Am Sonntag, den 22. August 1920, veranstaltet der Verein im Etablissement „Zur Ostbahn“ in Ohra ein

Grosses Sommerfest

bestehend aus: **Konzert, Gesangsvorträgen, turnerischen Aufführungen, Volks- und Kinderbelustigungen, Verlosung, Schieß- u. Würfelbuden, Glücksrad, Kinderpolonaise, Kasperle und Ähnl.** In den Innenräumen: **Grosser Tanz.**
Kasseneröffnung 1/2 9 Uhr. :: Beginn 8 Uhr.

Eintrittskarten à 2,— Flk. sind zu haben: in den Verkaufsstellen der Volksstimme, am Spandhauz 6 u. Paradiesgasse, im Parteibüro, 4. Damm 7, II und bei den Parteivertrauensleuten. Arbeitslose und streikende Parteimitglieder können sich auf dem Parteibüro zwecks Freikarte melden. Kinder unter 14 Jahren frei.
 Die ungeladenen Ortsvereine werden gebeten, sich zahlreich zu beteiligen. Freunde und Anhänger unserer Sache sind willkommen. (2019)

Sparkasse der Stadt Danzig.

Mädelsicher — Garantie der Stadtgemeinde — Geheimhaltung Reichsbankgirokonto, Konto bei Banken und beim Postscheckamt.

Giro- und Scheckverkehr, Effektenverwaltung, Belohnung von Grundstücken, Darlehensgewährung.
Stahlkammer.

Hauptstelle: Danzig, Jopengasse 36-39 (P. K. 729).
 Fernsprecher 3038-3041, Rendanz: 253, Girokasse: 8441.
 Nebenstelle: Danzig, Altstadt, Graben 93, Fernspr. 3093 (P. K. 7531),
 Langfuhr, Hauptstraße 108, Fernspr. 3373 (P. K. 7530),
 Neufahrwasser, Olliverstraße 38a, Fernspr. 3553 (P. K. 7532),
 Annahmestellen (nur für Einzahlungen) in Danzig, Allmodengasse 1, Brösen, Stadtgebiet und Heubude. (2019)

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Danzig, 4. Damm 7 II.

Achtung! Kollegen der Jugendabteilung!
 Donnerstag, den 19. August cr., abends 7 Uhr in der Maurerherberge

Mitgliederversammlung

Tagesordnung:

- Vortrag des Kollegen Karfjefski.
- Verbandsangelegenheiten.
- Stellungnahme zu der Veranstaltung des Arbeiter-Sportkartells am 12. 9. cr.

Branchen der Elektromonteur u. Helfer!

Sonntag, den 22. August cr., vormittags 10 Uhr in der Maurerherberge

außerordentliche

Branchenversammlung

Tagesordnung:

- Die Reichsbaukonferenz und die Wahl eines Delegierten hierzu.
 - Bericht von der Generalversammlung.
 - Branchenangelegenheiten.
- Die Kollegen werden dringend ersucht, vollzählig in den Versammlungen zu erscheinen.
 Mit kollegialem Gruß
 Die Ortsverwaltung.
 J. A. Fr. Arczynski. (2030)

Geschäfts-Verlegung

nach Hundegasse Nr. 98 (Ecke Matzkause Gasse)

P.P. Der Entwicklung meiner seit 41 Jahren bestehenden Firma Rechnung tragend, habe ich meinen Geschäftsbetrieb von Matzkause Gasse 10 in die wesentlich größeren, neu erbauten Räume meines Hauses **Hundegasse 98, Eckhaus Matzkause Gasse**

verlegt. Die Eröffnung findet morgen, **Mittwoch, den 18. August**, statt. Durch diese Verlegung bin ich einem längst empfundenen Bedürfnisse nach Erweiterung meiner **SPEZIAL-ABTEILUNGEN für Eisen- und Kurzwaren, Haus- und Küchengeräte, Waffen und Munition**

nachgekommen u. in den Stand gesetzt, den gesteigerten Ansprüchen der geehrten Kundschaft mehr denn je gerecht zu werden. Indem ich für das mir bisher erwiesene Wohlwollen verbindlichst danke, sichere ich auch fernerhin reelle Bedienung zu.

Hochachtungsvoll

Franz Kuhnert

Gegründet 1879 Inhaber Paul Kuhnert Telephon 506
 jetzt: Hundegasse Nr. 98, Eckhaus Matzkause Gasse

Lehrer Obst's Nerventee

zum Kurgabe b. Nervenkrankh., Kopfschm., Schlaflosigkeit von bester, garantierter Wirkung, zugleich Arterienverkalkung vorbeugend.
 Probe (für 1 Woche) Mk. 4.—
 Mon.-Menge Mk. 13.—

Außerdem besterprobt:
 Lehrer Obst's Asthma-, Blasen-, Blutreinigungs-, Bleichsuchts-, Darm-, Fieber-, Frauen-, Herz-, Hals-, Hämorrh.-, Lungen-, Leber-, Magen-, Nieren-, Rheuma-, Wasserlechts-Tee u. a. m. Genauere Angaben erforderlich.

R. Obst,
 Herrmannsdorf b. Breslau
 Nr. 821. (1455)

Elektromotor

Gleichstrom, 1 PS, 220 Volt, zu verkaufen oder gegen 1 bis 3 PS Drehstrom einzutauschen.

Rudolf Ehler,
 Karlsruferstr. 43. (2005)

Volkfürsorge

Bewerkschaftlich-Gewerkschaftliche Versicherungs-Aktivitäten

30 jährige Tarife für Erwachsene und Kinder. kein Policenfall. — Sterbekasse. — Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der

Rechnungstelle 16 Danzig
 Bruno Schmidt,
 Mattenbuden 85.